

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 33 (1992)  
**Heft:** 17

**Artikel:** Die Krise im Donau-Raum  
**Autor:** Pozsgai, Joseph  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1093172>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Joseph Pozsgai zur europäischen Altlast

## Die Krise im Donau-Raum

Man kann mit Sicherheit davon ausgehen, dass der Bürgerkrieg auf dem Staatsgebiet des aufgelösten Jugoslawien – trotz UNO-Resolutionen – seinen Höhepunkt noch bei weitem nicht erreicht hat. Die unentschlossene Haltung der internationalen Staatengemeinschaft ermutigt die serbische Führung unter dem kommunistischen Präsidenten Milosevic geradezu, ihren grausamen Rachefeldzug fortzuführen und grosse Teile der früheren Teilrepubliken zu okkupieren.

Das durch die UNO beschlossene Wirtschaftsembargo und die Seeblockade an der Adriaküste gegen Belgrad können nicht greifen, weil weder Rumänien noch Griechenland bisher gewillt sind, ihre Grenzen für den Nachschub von Wirtschaftsgütern und Kriegsmaterial für Serbien zu schliessen. Bemerkenswert ist dabei, dass die Westmächte bislang noch nichts Nennenswertes unternommen haben, Bukarest und Athen von der Unterstützung der Serben abzubringen. So könnte Belgrad den Krieg noch lange weiterführen.

### Kosovo: eine Zeitbombe

Trotz ihrer relativ günstigen Lage werden die Serben jedoch die jugoslawische Krise mit militärischen Mitteln kaum bewältigen können. Ohne die Hoffnung, den Krieg mit Kroatien und Bosnien-Herzegowina bald zu beenden, stehen ja die grössten militärischen Kraftproben Belgrad noch bevor. Die nunmehr fast drei Millionen Albaner, die in Kosovo, Montenegro und Mazedonien leben, werden sich keinesfalls damit abfinden, in einem Rest-Jugoslawien unter serbischer Herrschaft zu leben. Das gilt auch für die 600 000 Ungarn der Vojvodina.

Wenn aber der militärische Konflikt zwischen Albanern und Serben losgeht, wird dieser Krieg kaum mehr im altjugoslawischen Rahmen bleiben.

Vorsorglich hat das sich vom Kommunismus befreite muslimische Albanien mit der muslimischen Türkei vor einigen Wochen ein Sicherheitsabkommen abgeschlossen. Bei der Unterzeichnung hatte der türkische Regierungschef Demirel warnend erklärt, Ankara würde gegenüber dem

Schicksal der Kosovo-Albaner nicht gleichgültig bleiben.

### Mord an Muslims hat Langzeitwirkung

Die andere «harte Nuss», die frühere jugoslawische Teilrepublik Mazedonien, können die Serben auch nicht ohne weiteres knacken. Im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung mit den Serben dürfte Mazedonien, das seine Unabhängigkeit von Belgrad ebenso erklärte wie die anderen Teilstaaten Jugoslawiens, mit der Hilfe von Bulgarien rechnen. Die Bulgaren betrachten das Slawenvolk Mazedoniens als ihrer Volksgruppe zugehörig. Weiter kompliziert diese Lage, dass die EG-Länder auf griechischen Druck nur dann bereit wären, Mazedonien als unabhängigen Staat anzuerkennen, wenn dieses auf den Staatsnamen «Mazedonien» verzichtet. Athen befürchtet nämlich, dass seine Mazedonier in Nord-Griechenland eines Tages den Anschluss an das «Mutterland» fordern würden. Daher rührt die Freundschaft zwischen Athen und Belgrad. Deshalb hat Griechenland auch ein Interesse daran, Rest-Jugoslawien mit Mazedonien und Kosovo zu erhalten. Wenn jedoch die beiden NATO-Staaten Griechenland und die Türkei mit entgegengesetzten Interessen sowie Bulgarien in die Jugoslawien-Krise verwickelt sind, so könnte dies leicht zu einem neuen Balkan-Krieg mit unvorhersehbaren Konsequenzen führen, wie es schon vor dem Ersten Weltkrieg der Fall war. Dass die Serben viele Zehntausend muslimische Bürger in Bosnien ruchlos ermordet hatten, wird sogar in den Nahost-Konflikt hineinwirken – und zwar nicht zugunsten der Europäer und Amerikaner.

### Unabhängigkeit wichtiger als Freiheit

Doch der blutige Konflikt in Jugoslawien ist nicht nur der einzige, der in der östlichen Hälfte Europas für Instabilität sorgt. Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus ist die Welt um die überraschende Erfahrung reicher geworden, dass die Unabhängigkeit für die unterdrückten

Völker viel wichtiger ist als die Freiheit. Damit hat auch Gorbatschow eingestandenermassen nicht gerechnet, als er dachte, allein schon die Einführung demokratischer Verhältnisse würde ausreichen, um die vielen Völker der Sowjetunion zusammenzuhalten. Diese These wird nun einmal mehr auch von der bevorstehenden Auflösung der Tschechoslowakei widerlegt. Die wahrscheinlich friedliche Trennung von Tschechen und Slowaken liefert auch den Beweis, dass weder die gemeinsame slawische Herkunft noch die religiöse Identität (beide Völker sind römisch-katholisch) genügen, um unter einem gemeinsamen Staatsdach zusammenzuleben.

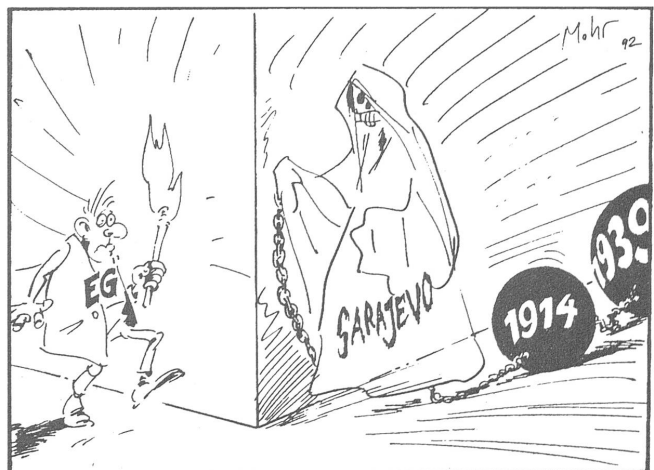
### «Dominoeffekt»

Die Slowakei wird sich übrigens über die Unabhängigkeit kaum lange freuen können. In den rein ungarisch bewohnten Gebieten entlang der Grenze zu Ungarn werden die 600 000 Magyaren früher oder später die Frage stellen, warum sie sich nicht ebenso von den Slowaken trennen dürfen, wie diese es von den Tschechen taten, zumal das slowakische Staatsgebiet tausend Jahre lang ein Teil Ungarns war, wo neben Magya-

ren und Slowaken auch Deutsche, Ruthenen und Juden lebten. Ganz unwahrscheinlich ist auch, dass die 2,5–3 Millionen Ungarn in Rumänien, die heute noch grösstenteils in Siebenbürgen leben, still bleiben würden, wenn allen anderen Nationalitäten im Donau-Raum das Selbstbestimmungsrecht zugesprochen wird. Die Legitimität solcher Bestrebungen könnte Bukarest kaum bestreiten, wenn die rumänische Führung bis zur Waffenhilfe tatkräftig darauf hinarbeitet, die durch die nach dem Hitler-Stalin-Pakt von Moskau okkupierten bessarabischen Gebiete zurückzubekommen.

### Ungarns Dilemma

Ein Konflikt, dessen friedlicher Ablauf niemand garantieren kann, ist also zwischen Ungarn einerseits und Rumänien, Serbien und der Slowakei andererseits bereits vorprogrammiert, wenn die Westmächte ihr Krisenmanagement im Donauraum und auf dem Balkan weiterhin nur auf humanitäre Hilfe beschränken. Budapest droht dabei die Gefahr, dass diese drei Staaten sich – wie nach dem Ersten Weltkrieg – militärisch verbünden (Kleine Entente) und gleichzeitig aggressiv auftreten werden.



(Aus der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung»).

Darauf, dass die Westeuropäer in diesem Fall dem militärisch äusserst schwach ausgerüsteten Ungarn Hilfe leisten, kann die junge demokratische Regierung unter Ministerpräsident Antall keineswegs zählen. Deshalb klopfte der ungarische Ministerpräsident als erster Regierungschef von Osteuropa an die Tür der EG und der NATO an, um eine schnelle Aufnahme zu bewerkstelligen und damit Ungarn militärisch in Sicherheit zu bringen. Von beiden Seiten wurde er höflich abgewiesen.

## Altlasten aus dem Ersten Weltkrieg

Die westliche Zurückhaltung gegenüber der Krise im Donau-Raum lässt sich mit einem schweren Dilemma und einer grossen Portion Ratlosigkeit

erklären. Es ist nicht anzunehmen, dass die grössten Bremser, Frankreich und Grossbritannien, die explosive Lage in Südosteuropa in ihrer ganzen Tragweite nicht erkannt hätten. Die Zerstörung der Donaumonarchie Österreich-Ungarn und die Schaffung mehrerer Vielvölkerstaaten als Ersatz für das Habsburg-Reich war ja das Werk von Paris und London nach dem Ersten Weltkrieg. Die Nachfolgerstaaten wurden dann in die französische Bündnispolitik gegen Deutschland eingegliedert. Aber schon im Vorfeld zum Zweiten Weltkrieg hat es sich erwiesen, dass diese künstlich zusammengebastelte Staatenwelt in Südosteuropa völlig untauglich war, eine Pufferfunktion zwischen Russen und Deutschen einzunehmen, geschweige denn Hitler-Deutschland militärisch aufzuhalten.

Zwischeneuropa wurde 1939 durch den Hitler-Stalin-Pakt von beiden Grossmächten widerstandslos geschluckt, der Balkan während des Krieges von Deutschland besetzt. Die gleichen westlichen Siegermächte verzichteten nach dem Zweiten Weltkrieg auf die östliche Hälfte Europas zugunsten Stalins. Anfänglich stand sogar der ganze Balkan unter sowjetischer Herrschaft. Griechenland konnte Washington nur durch die Truman-Doktrin vor Moskau retten. Nach dem Konkurs des Kommunismus brachen die inneren Gegensätze im Staatenkomplex der Klein-Entente zwischen den Nationalisten ungehemmt auf. Es wurde klar, dass die Minderheiten der ehemaligen Donaumonarchie die Herrschaft der Serben, Tschechen und Rumänen

gleicherweise ablehnen wie damals die Hegemonie der Österreicher und Ungarn. Für jedermann ist jetzt klar geworden, dass die von Paris und London geschaffenen politischen Ordnungssysteme in Südosteuropa und auf dem Balkan total versagt haben. Das Dilemma der Franzosen und Engländer besteht offenbar darin, dass sie befürchten, ihren Einfluss in dieser Region völlig zu verlieren, wenn sie in Belgrad und Bukarest, bei ihren einstigen Verbündeten hart auftreten würden. Dabei werden die Realitäten verkannt: Der Auflösungsprozess ist nicht mehr zu stoppen.

## Westeuropa ist politisch und wirtschaftlich gefordert

Ein neues Modell für die Befriedung dieser Gegend haben sowohl Paris wie auch London nicht. Wieder neue künstliche Staatengruppen zu bilden, wäre unerwünscht und schädlich. Als einzige Lösung in dieser Phase bietet es sich an, allen Völkern unter Fremdherrschaft im Donau-Raum das Selbstbestimmungsrecht zu garantieren und die Serben und andere daran zu hindern, diesen Weg militärisch zu blockieren. Wirtschaftliche Zwänge werden freilich die neuen und alten Staaten in diesem Raum zur politischen Neuorientierung zwingen. Hier gibt es aber nur eine Einbahnstrasse. Und die führt nach Westeuropa, nach Brüssel. Zurzeit ist nur die EG imstande, diesen Ländern wirtschaftlich unter den Arm zu greifen. Russland, das schon unter den Zaren grosses Interesse an der Ausdehnung seiner Macht auf den Balkan zeigte, ist glücklicherweise zurzeit mit sich beschäftigt und hat keine Mittel, eine politische Werbekampagne im Donau-Raum zu veranstalten. Dies kann sich aber schnell ändern, wenn in Moskau die Machtfrage so oder anders geklärt ist. Daher wäre es ratsam, diese Zeit nicht abzuwarten, sondern gegenüber Belgrad energisch aufzutreten, bevor ein grosser Balkan-Krieg ausbricht. Diese Aufgabe können nur die besten diplomatischen Köpfe der EG und der UNO leisten – leider ist gegenwärtig nur das «zweite Aufgebot» im Einsatz.



Historisches Erbe: Die Nationen, Völker und Minderheiten der alten österreich-ungarischen Monarchie drängen zu Selbstbestimmung und Unabhängigkeit. (Quelle: «Kaisergelb oder Die Heimkehr nach Europa», Hrg. Bank J. Vontobel & Co. AG)